

Deutschland

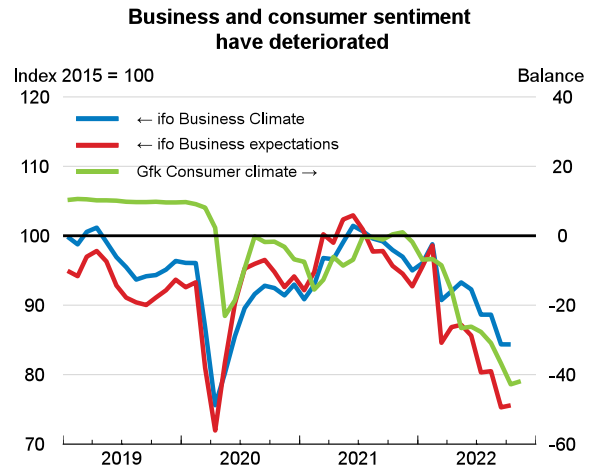
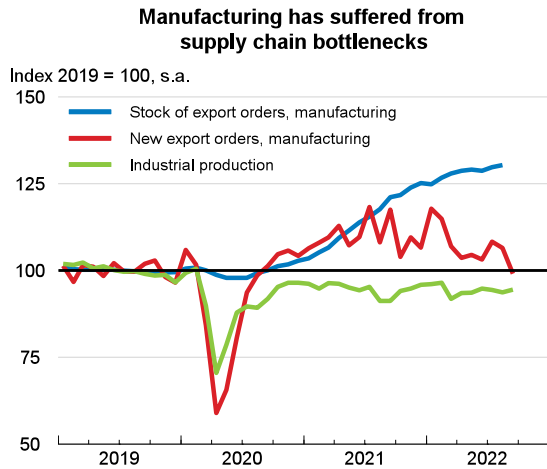
Die Wirtschaft wird den Projektionen zufolge 2022 um 1,8 % wachsen, 2023 um 0,3 % schrumpfen und 2024 wieder um 1,5 % zulegen. Die Unsicherheit ist angesichts der starken Volatilität der Energiepreise hoch. Die hohe Inflation schmälert die Realeinkommen und Ersparnisse, wodurch der private Konsum gedämpft wird. Das Exportwachstum dürfte sich trotz der rückläufigen Auslandsnachfrage im Jahresverlauf 2023 erholen, weil die Lieferkettenengpässe nachlassen und sich ein Auftragsbestand in Rekordhöhe angestaut hat. Wenn im Winter nicht genügend Energie eingespart wird, könnte eine Gasrationierung zu schweren Produktionsstörungen führen.

Das Haushaltsdefizit wird sich 2023 vergrößern, bevor es 2024 wieder zurückgeht. Entscheidend ist, dass die Energiepreisentlastungen starke Anreize für Einsparungen im Gasverbrauch setzen und gezielt vulnerablen Haushalten zugutekommen. Die Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen sollten Liquiditätsproblemen begegnen und den notwendigen Strukturwandel nicht behindern. Bessere Planungs- und Genehmigungsverfahren und -kapazitäten, insbesondere auf kommunaler Ebene, würden die Energiewende und die Digitalisierung beschleunigen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollte die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie älteren und geringqualifizierten Arbeitskräften erhöht und die Aus- und Weiterbildung verbessert werden. Außerdem sollte die Anerkennung der Qualifikationen von Migrant*innen und Geflüchteten erleichtert werden.

Unsicherheit und eine hohe Inflation bremsen das Wachstum

Nach Russlands Invasion in der Ukraine hat sich das BIP-Wachstum (saisonbereinigte vierteljährliche Rate) im zweiten Quartal 2022 auf 0,1 % und im dritten Quartal auf 0,3 % verlangsamt. Die hohe Inflation und der Einbruch des Verbrauchervertrauens dämpfen die Belebung des privaten Verbrauchs, die sich infolge der hohen Ersparnisüberschüsse und der Aufhebung der Coronabeschränkungen eingestellt hatte. Die gestiegene Unsicherheit, hohe Energiepreise und Materialengpässe beeinträchtigen das Verarbeitende Gewerbe, die Bauwirtschaft und die Investitionstätigkeit. Das Geschäftsklima ist im September eingebrochen, hat sich im Oktober jedoch wieder stabilisiert. Die Exporte werden durch den hohen Auftragsbestand und die Entspannung der Lieferketten gestützt. Der Verbraucherpreisauftrieb stieg im September mit dem Auslaufen des Tankrabatts und des 9-Euro-Tickets im Vorjahresvergleich auf 10,9 % und erhöhte sich im Oktober weiter auf 11,6 %. Die Erzeugerpreise stiegen in den zwölf Monaten bis September 2022 um 45,8 %. Die Inflationserwartungen der privaten Haushalte für ein, fünf und zehn Jahre lagen im September bei durchschnittlich 8,2 %, 6 % bzw. 5,5 %. Der Arbeitsmarkt ist angesichts des sich verschärfenden Arbeitskräftemangels weiterhin robust, die Tariflöhne stiegen im zweiten Quartal 2022 im Vorjahresvergleich jedoch nur um 2,9 %, was einem Reallohnrückgang um 4,4 % entspricht.

Germany 1



Source: Federal Statistical Office; ifo business surveys; and GfK.

StatLink <https://stat.link/vl5bjr>

Germany: Demand, output and prices

	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Germany						
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2015 prices)				
GDP at market prices	3 479.4	-4.1	2.6	1.8	-0.3	1.5
Private consumption	1 807.4	-5.9	0.4	4.5	-0.2	0.7
Government consumption	703.2	4.0	3.8	3.8	-0.7	0.8
Gross fixed capital formation	745.4	-3.0	1.0	0.3	0.4	2.0
Final domestic demand	3 256.0	-3.1	1.3	3.4	-0.2	1.0
Stockbuilding ¹	24.9	-0.2	0.5	0.2	0.0	0.0
Total domestic demand	3 280.9	-3.3	2.0	3.6	-0.2	1.0
Exports of goods and services	1 627.6	-10.1	9.5	1.8	1.7	2.6
Imports of goods and services	1 429.1	-9.1	8.9	5.8	2.1	1.7
Net exports ¹	198.5	-1.0	0.8	-1.6	-0.1	0.5
Memorandum items						
GDP without working day adjustments	3473.3	-3.7	2.6	1.7	-0.5	1.5
GDP deflator	—	1.8	3.1	5.7	7.1	3.5
Harmonised index of consumer prices	—	0.4	3.2	8.5	8.0	3.3
Harmonised index of core inflation ²	—	0.7	2.2	3.6	4.4	3.0
Unemployment rate (% of labour force)	—	3.7	3.6	3.1	3.5	3.5
Household saving ratio, net (% of disposable income)	—	16.0	15.3	9.3	9.0	10.6
General government financial balance (% of GDP)	—	-4.3	-3.9	-2.7	-3.2	-2.2
General government gross debt (% of GDP)	—	78.5	77.6	78.3	78.8	79.4
General government debt, Maastricht definition ³ (% of GDP)	—	68.1	68.8	69.5	69.9	70.6
Current account balance (% of GDP)	—	6.8	7.5	3.8	3.6	4.4

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

3. The Maastricht definition of general government debt includes only loans, debt securities, and currency and deposits, with debt at face value rather than market value.

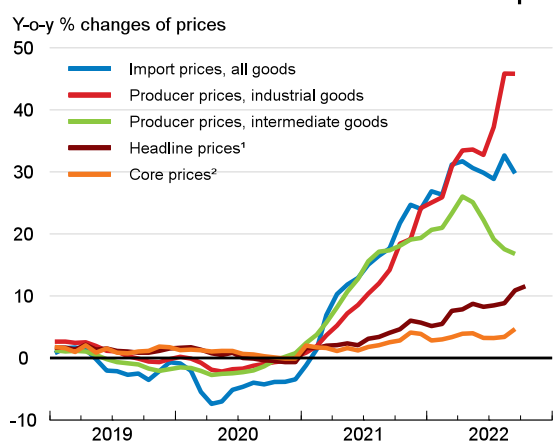
Source: OECD Economic Outlook 112 database.

StatLink <https://stat.link/ix7pds>

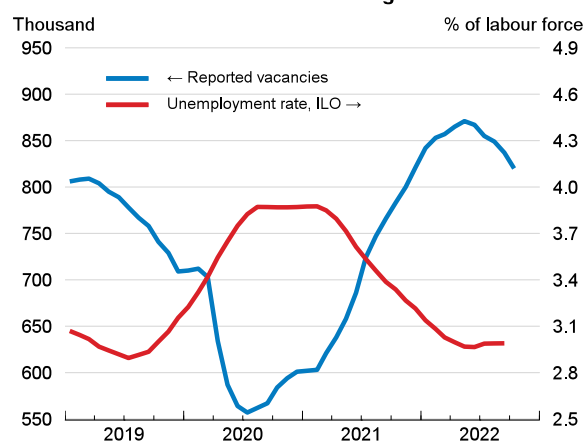
Vor Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine war Deutschland stark von Gas, Öl und Kohle aus Russland abhängig; etwa ein Drittel des Primärenergieverbrauchs stammte aus Russland. Eine rasche Diversifizierung der Energielieferanten, das Kohleembargo der EU und der Stopp russischer Gaslieferungen haben die Energieeinfuhren aus Russland stark reduziert. Obwohl die Gasspeicher bereits zu 100 % gefüllt sind und die Inbetriebnahme zweier LNG-Terminals zum Jahresende geplant ist, muss der Gasverbrauch um rd. 20 % gesenkt werden, um während des Winters eine Gasmangellage zu verhindern. Die Industrie hat den Gasverbrauch bereits um rd. 25 % reduziert (im Vergleich zum Durchschnitt des Zeitraums 2018–2021), u. a. durch Produktionssenkungen in einigen energieintensiven Branchen. Ein Gasauktionsmodell, über das Unternehmen überschüssige Gaskapazitäten abgeben können, soll zusätzliche Anreize für Energieeinsparungen setzen. Privathaushalte und Kleinunternehmen haben ihren Gasverbrauch im Oktober aufgrund der hohen Preise und der milden Temperaturen um 31 % gesenkt. Die Stromerzeugung aus Erdgas wurde reduziert und als Ersatz wurden stillgelegte Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen bzw. aus der Reserve zurückgeholt. Die drei noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke, die am 1. Januar 2023 abgeschaltet werden sollten, werden nun bis Mitte April 2023 am Netz bleiben. Deutschland hat bisher eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen (was 1,2 % der deutschen Bevölkerung entspricht).

Germany 2

Inflation has accelerated and become more widespread



The labour market has tightened



1. Harmonised index of consumer prices.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

Source: Federal Statistical Office; and Eurostat.

StatLink  <https://stat.link/eu8b3d>

Die Fiskalpolitik unterstützt Haushalte und Unternehmen

Das Haushaltsdefizit wird sich 2023 aufgrund der umfassenden Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreise ausweiten. Die Coronahilfen sind Ende Juni ausgelaufen. Um der Energiepreiskrise zu begegnen, wurden jedoch drei Entlastungspakete mit Direktausgaben in Höhe von rd. 95 Mrd. EUR (2,6 % des BIP) sowie ein durch Kreditermächtigungen finanzierter Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. EUR (5,5 % des BIP) verabschiedet. Die Entlastungspakete umfassen verschiedene Maßnahmen zur Stützung der Realinkommen. Dazu gehören sowohl gezielte Transferzahlungen durch die Einführung des Bürgergelds und die Ausweitung des Wohngelds als auch nicht gezielte Maßnahmen wie Einmalzahlungen an alle Be-

schäftigten, Rentner*innen und Studierende sowie Anpassungen im Einkommensteuertarif. Der Umsatzsteuersatz für Gas wurde im Oktober von 19 % auf 7 % gesenkt. Diese Maßnahmen können aus dem laufenden Haushalt finanziert werden, weil die Steuereinnahmen aufgrund der hohen Inflation und Rückzahlungen von Coronahilfen höher als erwartet ausfielen. Die Strompreisbremse, auf die 2023 43 Mrd. EUR entfallen, wird teilweise durch eine Steuer auf die Übergewinne von Stromerzeugern finanziert werden. Mit dem Abwehrschirm sollen Gaspreisentlastungen für Haushalte und Unternehmen in Höhe von insgesamt 40 Mrd. EUR im Jahr 2023 sowie Liquiditätshilfen, Eigenkapitalhilfen und Zuschüsse für Unternehmen finanziert werden. Durch die Subventionierung eines Basisverbrauchs – etwa 80 % des durchschnittlichen Vorjahresverbrauchs – soll der Anstieg der Verbraucherpreise für Strom und Gas gegenüber dem Niveau von 2022 auf etwa das Doppelte begrenzt werden. Für den über diesen Basisverbrauch hinausgehenden Verbrauch gilt weiterhin der Marktpreis. Die Energiepreisentlastungen sollen im April 2024 auslaufen.

Um ihre ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen, plant die Bundesregierung, bis 2026 rd. 200 Mrd. EUR zu investieren. Steueranreize zur Mobilisierung privater Investitionen spielen dabei eine große Rolle. Außerdem plant die Regierung in den nächsten Jahren einen deutlichen Anstieg der Militärausgaben um 100 Mrd. EUR für die Modernisierung der Militärausrüstung. Diese schuldenfinanzierten Investitionen werden ebenso wie der Abwehrschirm zum großen Teil aus Sondervermögen finanziert. Sie sind damit von der Schuldenbremse ausgenommen, die 2023 wieder in Kraft treten soll. Derzeit gibt es noch keine genauen Ausgabenpläne für die Sondervermögen, Kapazitätsengpässe im Bausektor sowie lange und komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren werden die Verausgabung der Mittel jedoch wahrscheinlich verlangsamen.

Der Krieg in der Ukraine und die hohen Energiepreise bremsen die Konjunkturerholung

Die hohe Inflation und der Einbruch des Konsumklimas werden den privaten Konsum belasten. Die Investitionstätigkeit ist aufgrund der hohen Unsicherheit und der steigenden Zinsen weiterhin gedämpft. Die hohe Ersparnisbildung im Unternehmenssektor und der hohe Investitionsbedarf für die Verlagerung der Lieferketten und den Ausbau der erneuerbaren Energien werden zusammen mit steigenden öffentlichen Investitionen mit der Zeit jedoch für eine Belebung sorgen. Die hohen Energiepreise werden sich negativ auf energieintensive Branchen auswirken, die Exporte dürften sich jedoch infolge des hohen Auftragsbestands und der Entspannung der Lieferketten weiter erholen. Da die Energie- und Erzeugerpreise an die Verbraucher*innen weitergegeben werden, der Euro abwertet und der Lohndruck steigt, wird die Inflation hoch bleiben, im Verlauf des Projektionszeitraums aber allmählich zurückgehen. Das Lohnwachstum wird zunehmen, weil der Mindestlohn im Oktober 2022 von 48 % auf 60 % des Medianlohns angehoben wurde, der Arbeitskräftemangel andauert und die Gewerkschaften Druck ausüben, dass die Kaufkraft der Arbeitskräfte gesichert wird. 2024 dürfte die Fiskalpolitik wieder gestrafft werden.

Ein erhebliches Abwärtsrisiko ergibt sich bei diesen Projektionen daraus, dass es in den nächsten beiden Wintern zu einer Gasrationierung kommen könnte, wenn wegen der geplanten fiskalischen Unterstützungsmaßnahmen keine ausreichenden preislichen Anreize zur Einsparung von Gas bestehen. Neue Coronawellen könnten den privaten Konsum weiter schwächen oder die Lieferkettenengpässe verschärfen. Steigende Zinsen könnten erhebliche Korrekturen an den Wohnimmobilienmärkten verursachen, die sich auf die Finanzmärkte auswirken. Ein schnelleres Ende des Kriegs könnte dagegen das Anleger- und Verbrauchervertrauen wieder festigen und die Energiepreise senken.

Erneuerbare Energien ausbauen, um die Energieversorgungssicherheit zu erhöhen

Die Energiepreisentlastungen sollten besser auf vulnerable Haushalte und Unternehmen ausgerichtet werden und starke Anreize für Gaseinsparungen setzen. Um die erneuerbaren Energien auszubauen, müssen die komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren auf Gemeinde- und Länderebene weiter beschleunigt werden. Eine schnellere Digitalisierung der Wirtschaft erfordert mehr Investitionen in die digitale Infrastruktur, eine raschere Modernisierung des Staats und eine bessere Koordinierung der Maßnahmen und Verwaltungsverfahren zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen. Wenn die Effizienz staatlicher Ausgaben durch den effektiven Einsatz von Spending-Reviews, den Abbau regressiver und umweltschädlicher Subventionen und Steuerbefreiungen und eine Verbesserung des Steuervollzugs gesteigert würde, könnten zusätzliche Mittel für notwendige öffentliche Investitionen freigesetzt werden. Der zunehmende Arbeitskräftemangel, der auch private und öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien gefährdet, sollte behoben werden, indem die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen sowie geringqualifizierten und älteren Arbeitskräften durch angemessene Steueranreize und eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung erhöht wird. Außerdem sollten die Zuwanderung von Fachkräften gefördert und die Arbeitsmarktteilnahme von ukrainischen Geflüchteten erleichtert werden, u. a. durch einen besseren Zugang zu Kinderbetreuung.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 2
Confronting the Crisis

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/f6da2159-en>

Please cite this chapter as:

OECD (2023), "Deutschland", in *OECD Economic Outlook, Volume 2022 Issue 2: Confronting the Crisis*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/87a27b6c-de>

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.